

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 29.12.2017

Von Volker Hermsdorf
02.01.2018

Lektionen in Demokratie [Peru]

Krise in Peru



Protest gegen die Begnadigung Fujimoris am 25. Dezember in Lima

Foto: Mariana Bazo/REUTERS

Während Perus Staatschef Pedro Pablo Kuczynski gestern von Staatsanwälten zu den gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfen vernommen wurde, protestierten erneut Tausende Bürger in allen Teilen des Landes gegen die Begnadigung des 2009 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilten früheren Präsidenten Alberto Fujimori. Dessen Haftentlassung war der Preis, den Kuczynski zahlte, um seine Amtsenthebung zu

verhindern. Fujimoris Sohn Kenji und neun weitere Abgeordnete der rechten »Fuerza Popular« (FP), die das Verfahren gegen den amtierenden Staatschef initiiert hatte, enthielten sich in der vergangenen Woche bei der Abstimmung im Kongress. Kuczynski, der als Minister im Kabinett des neoliberalen Präsidenten Alejandro Toledo rund 800.000 Dollar vom brasilianischen Odebrecht-Konzern kassiert haben soll, konnte die Staatsanwälte deshalb gestern im Regierungspalast empfangen.

Sein Deal mit dem Fujimori-Clan ist indes ein Pyrrhussieg. Aus Protest gegen die Begnadigung des früheren Diktators traten bis gestern insgesamt bereits zwölf hochrangige Politiker zurück, darunter am 22. Dezember der Innen- und am 27. Dezember der Kulturminister. Drei der 18 Abgeordneten seiner Partei »Peruanos Por el Kambio« (Peruaner für den Wandel) erklärten ihren Austritt. Auf internationale Ebene kritisieren das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und verschiedene humanitäre Organisationen die offiziell aus gesundheitlichen Gründen erfolgte Haftentlassung. Mit Elmer Huerta bestreitet einer der bekanntesten Ärzte des Landes, dass Fujimori ernsthaft krank sei. Kuczynski, der die Wahl 2016 nur deshalb gewonnen hatte, weil er versprach, den Diktator niemals zu begnadigen, steht jetzt als Wortbrecher da, der alles tut, um seine Haut zu retten.

Damit erlebt Lateinamerika zum Jahresende 2017 eine weitere Lektion über die in der westlichen Hemisphäre real existierende Demokratie und Doppelmoral. Zeitgleich mit Kuczynskis Wortbruch versucht sich in Honduras der Amtsinhaber Juan Orlando Hernández, dessen erneute Kandidatur bereits gegen die Verfassung des Landes verstieß, mit einem offensichtlichen Wahlbetrug krampfhaft an der Macht zu halten. In beiden Ländern werden öffentliche Proteste – mit schweigender Duldung westlicher Politiker und Medien – von der Staatsgewalt brutal unterdrückt. In Ecuador fühlen sich viele Wähler des seit Mai regierenden Staatschefs Lenín Moreno hintergangen. Moreno hatte sich als Kandidat der linken Regierungspartei Alianza PAIS mit der Zusage, die vom Vorgänger Rafael Correa vor zehn Jahren eingeleitete »Bürgerrevolution« fortzusetzen, gegen die rechten Konkurrenten durchgesetzt. Nach dem Wahlsieg distanzierte Moreno sich von der bisherigen Politik und paktiert jetzt mit den Wahlverlierern. In allen drei Ländern triumphiert das rechte Lager. Die Betrogenen sind gutgläubige Wähler und die Mehrheit der Bürger. Doch in den Medien, auch in Europa, wird sich vor allem über solche Regierungen echauffiert, die sich weiter der Bevölkerungsmehrheit verpflichtet fühlen.